

Rede
des DJV-Bundesvorsitzenden Michael Konken
anlässlich des Verbandstages des
Deutschen Journalisten-Verbandes
vom 8. bis 10. November 2004
in Hannover

- **Es gilt das gesprochene Wort** -

Liebe Kolleginnen,
liebe Kollegen,

1 Jahr Vorstandsarbeit im DJV liegt hinter uns, liegt hinter einem neu gewählten Vorstand, der sich schnell und unkompliziert zusammenfand. Ich möchte daher zuerst, auch wenn dies sonst am Schluss passiert, meinen Vorstandskollegen Dank sagen für eine Zusammenarbeit, die nur möglich war, weil sich hier ein Team fand, das sich gegenseitig unterstützte. Es galt kurzfristig Antworten auf Fragen zu finden, die langfristig tragen müssen. So wurde der Recherchegrundsatz: „Der Weg ist das Ziel“, zu einem erwägenswerten Arbeitsprinzip dieses Vorstandes.

Der **Tarifkonflikt** war die erste Herausforderung, der sich der neue Bundesvorstand stellen musste - ein Konflikt, der die Arbeit wochenlang dominierte. Schlimmere Einschnitte konnten durch den engagierten Einsatz der Kolleginnen und Kollegen vor Ort verhindert werden. Vielleicht war es auch ein Erfolg auf Vorrat für das, was noch geplant war. Auch wenn wir in der Vergangenheit andere Ergebnisse gewöhnt waren, dies ist das Positive, das aus meiner Sicht und der Analyse der Tarifergebnisse in anderen Branchen auch mutig macht.

Dieser Konflikt war aber auch der Anlass, intensiver über Streikstrategien nachzudenken, den gesamten Komplex der Tarifeinsetzungen einer gründlichen Überprüfung zu unterziehen. Dies ist mittlerweile in vielen Sitzungen geschehen, geschehen mit denen, die an der Basis gekämpft haben. Im kommenden Jahr müssen wir aus dieser Analyse neue kreative Wege skizzieren. Skizzieren in der intensiven Zusammenarbeit mit den Landesverbänden, den Vertrauensleuten vor Ort und unseren Fachleuten.

Der Dank geht besonders an die über 2000 Kolleginnen und Kollegen, die im Streik waren.

Der im vergangenen November beschlossene Umzug des DJV mit **Hauptsitz nach Berlin** wurde termingerecht Anfang Juli dieses Jahres vollzogen. Mittlerweile arbeiten der Hauptgeschäftsführer und sein Vertreter sowie weitere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Berlin. Es zeigt sich bereits jetzt, dass dadurch eine reibungslose Zusammenarbeit gewährleistet ist, die besonders in den vergangenen Monaten erforderlich war.

Medienpolitisch gab es viele Themen, mit denen wir uns auseinandersetzen mussten, um gravierende Einschnitte für den Journalismus zu verhindern.

Die durch die Bundesregierung geplante Änderung der **Pressefusionskontrolle** gehörte zu den Themen, die uns während des gesamten Jahres intensiv beschäftigten. Viele intensive Gespräche, unter anderem auch mit Minister Clement, waren erforderlich, um die Front der Befürworter aufzuweichen. An dieser Stelle geht mein Dank besonders an Benno Pöppelmann, der diesen Themenbereich zu seiner besonderen Sache machte.

Nunmehr können wir erfreut feststellen, dass die geplanten Änderungen politisch auf erheblichen Widerstand stoßen, dass es eine große Mehrheit gegen den Entwurf des Bundeswirtschaftsministers gibt. Es scheint, dass dieses Vorhaben scheitern wird.

Diese Gesetzesänderung hätte die Medienvielfalt im Printbereich eingeschränkt. Die großen Verlage wären in der Lage, problemlos kleine und mittlere Verlage aufzukaufen, um so marktbeherrschende Positionen aufzubauen.

Die Gesetzesänderung wäre der endgültige Killer einer vielfältigen Berichterstattung, besonders aber ein Jobkiller. Mehr arbeitslose Journalisten wollen wir in diesem Staatsgefüge nicht.

„Die bisherigen Regeln“, dies betonte immer wieder Kartellamtspräsident Böge, „reichen aus.“ Seit der Einführung gesetzlicher Regelungen in diesem Bereich im Jahre 1976 wurden 90 Fusionsanträge geprüft, acht abgelehnt. Aus meiner Sicht schon zu viele Genehmigungen. Was also will Clement mehr? Das Beispiel der geplanten Zusammenlegung des Berliner Tagesspiegel mit der Berliner Zeitung - durch die Gerichte aus Gründen der Medienkonzentration bisher nicht genehmigt - zeigt die Auswirkungen und die Empfindlichkeit derartiger Vorhaben und bestätigt unsere Argumente.

Es ist mir immer noch unverständlich, warum Minister Clement hier unbelehrbar an seinem Ziel festhält. Würde diese Gesetzesinitiative Fakt werden, dann wären 225 von 349 Tageszeitungsverlagen zum Abschluss frei gegeben.

Ein Blick in die Geschichte zeigt, dass es seit 1945 kaum eine Neugründung im Zeitungsbereich gab (Beispiele: Maintalzeitung, Boulevard Express, Münchner TZ und taz). Noch 1954 gab es 225 publizistische Einheiten, heute sind es nur 134. Eine Zahl, die uns nachdenklich machen sollte, die auch deutlich macht, wie katastrophal die Auswirkungen einer aufweichenden Regelung sind. Gerade kleine Verlage sollten durch den Staat geschützt und in Notsituationen finanziell gefördert werden, so wie dies in anderen Staaten vorbildlich geschieht. Nur so kann die Basis der öffentlichen Meinung für eine funktionierende Demokratie gesichert werden.

Der **Große Lauschangriff**, initiiert von Ministerin Zypries, konnte abgewehrt werden. Journalisten gehören künftig nicht zu den Berufsgruppen, die belauscht werden können. In einzelnen Bundesländern werden wir aber auch künftig gegen entsprechende Regelungen kämpfen müssen.

Der Informantenschutz ist die grundlegende Pflicht journalistischer Arbeit. Ohne den Informantenschutz gibt es keine freie Presse, gibt es nicht die Möglichkeit, kritisch und investigativ zu arbeiten. Ich kann nicht verstehen, wie bei derartigen Vorhaben ein Verfassungsbruch hinsichtlich der Pressefreiheit in Kauf genommen wird, obwohl die von uns gewählten Politiker ihren Amtseid auf unsere Verfassung abgelegt haben.

Das sogenannte **Caroline-Urteil** stellte einen weiteren Versuch dar, die Pressefreiheit einzuschränken. Ein weiterer Versuch in einem ständigen Bemühen, die Arbeit von Journalisten einzuschränken. Ich verteidige nicht diejenigen wenigen Journalisten, die sich bewusst über derartige ethische Schranken hinwegsetzen, sie werden sich auch durch dieses Urteil nicht beeindrucken lassen. Es sind wieder einmal die Journalisten betroffen, die diese Schranken einhalten, sich an unseren Pressekodex und herrschende Rechtsprechung halten.

Ein Widerspruch gegen das Urteil wäre im Sinne unserer Verfassung gewesen. Ein erneuter negativer Entscheid hätte keine Verschlechterung dargestellt, ein positiver unsere Pressefreiheit gestützt. Das Handeln oder besser Nichthandeln der Bundesregierung sollte die Medienmacht in ihre Schranken weisen, denn wir wissen mittlerweile, dass in den Beratungen des Bundeskabinetts keine objektiven, sondern subjektive Erwägungen eine

Rolle spielten. Ansonsten wäre das Kabinett den Widerspruchsempfehlungen der Fachminister Clement und Zypries gefolgt.

Pressefreiheit ist nicht nur die freie Meinungsäußerung, Pressefreiheit ist auch der ungehinderte Zugang zu Informationen. Aus diesem Grund haben wir mit anderen Institutionen ein **Informationsfreiheitsgesetz** dem Bundestagspräsidenten vorgelegt. Ein Gesetz, das in vielen anderen Staaten Norm ist und eigentlich zum Koalitionsvertrag gehörte. Es soll die Transparenz behördlicher Entscheidungen für die Öffentlichkeit fördern. Es ist bedauerlich, dass in einer Demokratie erst der Weg von außen eine derartige Initiative anschieben muss und noch bedauerlicher, dass dieser Gesetzentwurf, der mittlerweile seit April dem Parlament vorliegt, immer noch mit spitzen Fingern weiter geschoben wird.

Die Pflicht zur Auskunft darf nicht wie bisher die Ausnahme bleiben. Gerichtliche Wege bei einer Auskunftsverweigerung müssen künftig der Vergangenheit angehören.

Intensiv haben wir uns gegen eine Kürzung der Gebührenerhöhung im **öffentlich-rechtlichen Rundfunk** von 1,09 Euro auf 88 Cent zur Wehr gesetzt. Erfolglos. Die Ministerpräsidenten haben sich über den Beschluss der KEF hinweggesetzt. Haben mit einem Verfassungsbruch die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts unterlaufen. Dafür gibt es keine Entschuldigungen. Sie waren nur für die Prüfung der Sozialverträglichkeit zuständig. Mehr nicht! Eine weitere Legitimation hatten sie nicht und können sie verfassungsrechtlich auch nicht bekommen.

Finanzielle Löcher werden nicht nur durch Einsparungen gestopft, die Öffentlich-Rechtlichen werden auch versuchen, ihre Werbeeinnahmen zu erhöhen. Da dieser Kuchen nun einmal nicht größer wird, werden darunter auch die Privaten und die Printmedien leiden müssen. Diese Weitsicht war sicherlich **kein** Thema in den Beratungen der Ministerpräsidenten. Es ist schon ein starkes Stück Arroganz, wenn die Politik nach der geringer ausgefallenen Gebührenerhöhung verkündet, man solle sich doch über die beschlossene Erhöhung freuen, oder wenn ein Ministerpräsident zu mir sagt: „Wir müssen alle sparen.“

Natürlich gibt es im öffentlich-rechtlichen Rundfunk auch Einsparmöglichkeiten. An diesen arbeiten die Sender aber bereits intensiv. Die Daumenschraube der Politik war mehr als überflüssig. Eine Daumenschraube von denjenigen, die überwiegend ihre Haushalte selbst nicht in den Griff bekommen. Die Folgen werden Einschnitte sein, die einen weiteren Personalabbau und Einschnitte in die Vielfalt des Programms zur Folge haben. Beim ZDF entsteht ein Haushaltsloch für 2005 von etwa 69 Millionen Euro, die ARD-Anstalten rechnen mit einem Minus von 280 Millionen. Die Einschnitte im Programm werden den schleichenden Qualitätsverlust beschleunigen, denn der Bayerische Rundfunk überlegt bereits, ob er unter anderem die Nachrichtensendung Rundschau beschneidet.

Qualität muss der höchste Maßstab im öffentlich-rechtlichen Rundfunk sein und – es muss auch Platz für Nischenprogramme geben. Sendungen, die nie über entsprechende Quoten verfügen werden. Quotendenken gehört nicht in den öffentlich-rechtlichen Rundfunk.

Die Kritik geht in Richtung der Intendanten, die sich oft an privatrechtlichen Formaten orientieren und sich damit selbst unglaubwürdig machen. Da wir in vielen Verwaltungsräten durch DJV-Mitglieder vertreten sind, müssen sich unsere Vertreter noch stärker als bisher zu diesem Thema positionieren. Wir haben genug Big-Brother, Schönheits-Op`s und viertklassige Talksendungen. Ich möchte fast ausrufen: „Holt uns hier raus, wir sind keine Stars, aber Menschen, die Anspruch auf ein Qualitätsprogramm haben und die nicht sehen wollen, wie mit albernen Spielen um Frauen gekämpft wird.“

Die große Zahl der **freien Journalisten** wächst immer weiter und wir haben uns gefreut, dass während des erfolgreichen Kongresses in Hannover nicht „jammern“ die Botschaft war,

sondern das pragmatische Nachdenken über Lösungen. Oft arbeiten unsere Freien im tarif- und rechtsfreien Raum und die Zunahme des Angebotes an Freien führt auch zu Dumpinglohnversuchen. Freie, ich habe dies bereits während des Kongresses festgestellt, Freie werden immer noch ausgespielt.

Die Mitgliedschaft im DJV ist ein Qualitätssiegel für freie Journalisten. Der DJV muss künftig noch intensiver für eine Professionalisierung der Freien sorgen, um auf diesem Weg über die Qualität die Ansprüche für angemessene Bezahlung zu setzen.

Netzwerke, auch wenn dieser Begriff schon überstrapaziert ist, müssen die Marke der „DJV-Freien“ positionieren. Helfen können aber täglich die Festangestellten, die dafür Sorge tragen müssen, dass Freie eine angemessene Honorierung erhalten. Beratungen und Serviceangebote sind unsere weiteren Möglichkeiten, zu helfen. Der DJV steht gerade in diesen Zeiten fest hinter den freien Journalisten. Sagt uns, wie wir helfen können, bringt Ideen ein.

Eine solche Idee ist das Bildportal der **Fachgruppe Bild**. Auch wenn es – dies muss ich zugeben - in der Anfangsphase Kommunikationsprobleme hinsichtlich eines uns zu kostspieligen oder unnötigen Verfahrens gab, so haben wir jetzt einen Weg gefunden, in die Erprobungsphase zu gehen. Der Fotograf in der Redaktion ist eine der wichtigsten Säulen der Berichterstattung. Einem schleichenden Abbau dieses Berufes müssen wir in der täglichen Arbeit begegnen. Hier ist jeder von uns gefordert, täglich in den Redaktionen.

Der Versuch, einheitliche Tarifkonditionen für die Tätigkeit in der **Presse- und Öffentlichkeitsarbeit** zu vereinbaren, ist vorerst gescheitert, da wir nicht Tarifpartei im Öffentlichen Dienst sind. Ich sehe derzeit Probleme, in diesem Thema schnell zu einer Lösung zu kommen. Praktikabel ist eine Festlegung von Bewertungskriterien, die dann Grundlage für eine freie Vereinbarung sein können. Ein entsprechendes Beispiel hat es ja bereits gegeben.

International wurde nach dem Ausscheiden von Gustl Glattfelder, dem ich hier noch einmal mehr als herzlich für seine langjährige internationale Arbeit danken möchte, mit Uli Rimmel gleich ein Nachfolger ins Präsidium der Internationalen Journalisten Föderation gewählt. Der DJV, eine der größten Journalistenvereinigungen der Welt und die größte in Europa, wird weiter international mitreden und gestalten. Allerdings müssen wir überlegen, wie wir pragmatischer das Thema internationale Zusammenarbeit umsetzen können.

Die Zusammenarbeit mit unseren direkten Nachbarländern bietet sich an, direkte Kontakte und langjährige internationale Projekte in den Bundesländern müssen künftig mehr koordiniert werden, um Erfahrungen auszutauschen, aber auch, um finanzielle Ressourcen projektbezogen zu bündeln.

Es gilt, besonders gewerkschaftliche Standards in die neuen europäischen Länder zu transportieren, damit das Schlupfloch deutscher Verleger geschlossen werden kann. Wie berichtete beispielsweise die „taz“ in der vergangenen Woche: „In Rumänien gilt der Essener WAZ-Konzern als regierungstreu.“

In dieser Rolle gefällt sich besonders Bodo Hombach, der in Rumänien den politischen Einfluss und Druck auf die Redaktionen hinnimmt und nicht dagegen vorgeht. An dieser Stelle muss ich auch unseren Außenminister kritisieren, der die erheblichen journalistischen Freiheitseinschränkungen in Russland hinnimmt. Dort werden Journalisten, Olga Kitowa kann hierüber lange und ausführlich berichten, in Gefängnisse gesperrt oder getötet, wenn sie kritisch berichten. Sie selbst wäre wohl heute nicht mehr am Leben, wenn ihr die internationale Aufmerksamkeit unseres Preises der Pressefreiheit nicht zuteil gekommen wäre. Der Kuhhandel verständlicher ökonomischen Interessen darf in diesen Staaten nicht

zu Lasten der öffentlichen Kritik an einer derartigen Missachtung der Pressefreiheit und der Verfolgung kritischer Journalisten gehen.

Die ständigen Einschränkungen der Pressefreiheit, auch in Deutschland, macht Sorge. Es scheint, als wolle sich Europa nicht an demokratischen Maximalzielen, sondern an Mindestwerten orientieren. Eine Harmonisierung des Medienrechts, orientiert an den Höchststandards ist dringend erforderlich. Hier müssen wir zusammen mit unseren europäischen Partnern aktiv werden. Eine Berlusconiisierung der Medien darf nicht der Maßstab in Europa sein.

Maßstab für journalistische Aus- und Weiterbildung muss ein Qualitätszirkel sein, in der sich **Aus- und Weiterbildungseinrichtungen** einer Selbstverpflichtung von Qualitätsstandards unterwerfen, die endlich dem Wildwuchs an Aus- und Fortbildungsangeboten Einhalt gebieten muss. In der vergangenen Woche haben sich bereits namhafte Institute während eines Treffens in Bonn damit einverstanden erklärt. Die Kriterien werden zurzeit von einer kleinen Arbeitsgruppe formuliert. Dies ist ein Erfolg auf der Grundlage unseres DJV-Memorandums für journalistische Aus- und Weiterbildung, das wir auf dem Verbandstag vor einem Jahr in Wiesbaden beschlossen haben.

DJV, BDZV, Interessenvertreter aus dem Bereich des öffentlichen und privatrechtlichen Rundfunks sowie der Deutsche Presserat werden in diesem Zirkel dabei sein. Dies ist auch ein Erfolg der Arbeit unserer Bildungskommission und unserer Initiative Qualität. Wir sind dabei, aus intensiven Beratungen in diesen Gremien eine praxisorientierte Lösung zu realisieren.

Daher geht der Dank an die Initiative Qualität und an die DJV-Bildungskommission. Dieser ersten wichtigen Umsetzung in die Praxis müssen weitere gemeinsame Qualitätsumsetzungen folgen. Wir müssen selbst für unsere Qualität einstehen. Es darf nicht sein, dass durch Verordnungen uns als Zertifizierungsstelle fachfremde Institute wie der TÜV vorgeschrieben werden.

Die Aus- und Weiterbildung muss auch künftig – und dafür stehen unsere vorbildlichen Initiativen – höchste Priorität haben. Fachliche Kompetenz muss dabei eine Rolle spielen, der Weg muss auch wieder mehr in Richtung der Vermittlung journalistischen Handwerkszeugs gehen und sich ein wenig mehr von zu theoretischen wissenschaftlichen Anforderungen lösen. Ich habe manchmal das Gefühl, dass die Anwendung nachrichtlicher Genres eine sterbende Spezies ist und es nur noch darauf ankommt, im Übermaß zu featuren.

Die präzise und auf den Punkt gebrachte Nachricht ist in der vorhandenen Informationsflut die Gewähr dafür, dass Informationen als Bringschuld die Medienkonsumenten erreichen. Es scheint, dass die Chronistenpflicht des Journalisten immer mehr in den Hintergrund gerät, die Beeinflussung und Meinungsmache durch einen zum Teil nicht mehr erkennbaren Mix unterschiedlicher Darstellungsformen eine nicht nachvollziehbare Priorität besitzen.

Die Stilkunst eines Ludwig Reiners oder das Verständlichkeitsmodell von Langer, Schulz von Thun und Tausch scheinen zu Fossilien des Journalismus zu werden.

Dies ist keine Kritik an der wissenschaftlichen Begleitung des Journalismus, es ist aber die Forderung nach täglich anwendbaren Erkenntnissen wie denen aus der Wirkungsforschung, die uns Erkenntnisse für den Testaufbau und für die Diktion der Sprache geben sollen. Wir müssen wieder mehr an die Medienkonsumenten denken. Dieser pragmatische Ansatz muss künftig mehr in den Mittelpunkt der journalistischen Ausbildung treten. Ich habe grundsätzlich nichts gegen Anglizismen, aber bitte dort, wo sie hingehören, nicht in journalistische Texte. In diesem Zusammenhang kann ich die Diskussion über die Festlegung einer Quote für deutsche Musik im Musikangebot der Rundfunksender nicht nachvollziehen, da dies ein staatlicher Eingriff in die freie Programmgestaltung ist. Vielleicht

wäre es besser, eine derartige Quote auch für die Werbung festzusetzen, um Fehlinterpretationen von Werbebotschaften zu vermeiden.

Wollen wir unsere eigenen Standards umsetzen, so müssen wir uns überlegen, wie wir künftig unsere Journalistenschulen unterstützen können. Viele haben wirtschaftliche Probleme, die sie nicht mehr allein lösen können. Wir haben daher bereits einen Ansatz diskutiert, wie künftig die Angebote unseres Bildungswerkes mit denen der Schulen organisatorisch verknüpft werden können.

Die Ausbildung von Volontären ist eine originäre Aufgabe für uns nahe stehende Bildungseinrichtungen. Volontäre gehören nicht nur in Kaderschulen von Verlegern. Das aktuelle Beispiel der WAZ zeigt, wie dann Volontärsverträge keine Gültigkeit mehr haben und junge Menschen schon in der Ausbildung unter Tarif bezahlt werden, indem sie einen Vertrag bei der Journalistenschule Ruhr erhalten. Wenn dies Trend wird, dann werden Tarifverträge für Volontäre, wie aktuelle Beispiele zeigen, bald der Vergangenheit angehören.

Der DJV konnte sich in diesem Jahr weiter in der Öffentlichkeit positionieren. Wir werden als kompetenter Ansprechpartner in journalistischen Fragen gehört und angesprochen. Grund dafür war mit Sicherheit die Verstärkung unserer Presse- und Öffentlichkeitsarbeit.

Der Blick nach vorn ist der Blick ins nächste Jahr. Wir werden uns vor allem der Arbeit in den Fachausschüssen widmen. Mit einer Zukunftskonferenz der Fachausschüsse im Februar sollen erste thematische Weichenstellungen erfolgen, kontinuierlich Ziele für die Arbeit in den nächsten Jahren festgelegt werden.

Der Journalismus steht in dieser Zeit vor einer großen Bewährungsprobe. Durch die immer weiter zunehmende Kritikunfähigkeit der Gesellschaft wird kritische Berichterstattung zunehmend erschwert. Immer wieder schauen wir mit dem drohenden Finger in osteuropäische Länder, wenn es um die Pressefreiheit geht. Doch auch die westlichen Regierungen tun sich damit schwer.

Eine aktuelle Untersuchung der Organisation „Reporter ohne Grenzen“ stellt fest, dass Deutschland bezüglich seiner Pressefreiheit nur auf Platz 11 in der Welt liegt. Übrigens nichts Neues. Eine Mitte der 60-er Jahre gemachte Untersuchung des amerikanischen Wissenschaftlers Lowenstein sah die Bundesrepublik damals nicht zu den 16 Ländern gehörend, die sich durch einen hohen Grad an Pressefreiheit auszeichneten (Australien, Belgien, Costa Rica).

Pressefreiheit ist nach dem Dreisäulenprinzip die Vielfalt im Mediensystem – für sie haben wir in diesem Jahr besonders gekämpft -, der Zugang zu Informationen – das Informationsfreiheitsgesetz soll hier Verbesserungen schaffen – und die Existenz und das Ausmaß der Kommunikationskontrolle. Gerade der letztgenannte Bereich wird immer wieder schleichend, oft nicht erkennbar unterlaufen. Die durch uns bekämpfte Pressekonzentration gehört dazu und war schon in den 60-er Jahren ein Minuspunkt in der Bewertung der bundesrepublikanischen Pressefreiheit.

Unsere Demokratie erfordert einen funktionierenden kritischen und investigativen Journalismus, erfordert einen Verband, der qualitativ und engagiert die Interessen seiner hauptberuflichen Mitglieder vertritt und diese unterstützt. So schön eine immer steigende Mitgliederzahl ist, künftig müssen wir noch mehr als bisher die Hauptberuflichkeit als Qualitätskriterium beachten. Nicht Quantität, sondern Qualität muss noch mehr zu unserem Credo werden.

Der Journalismus in Deutschland ist unabhängig und darf sich nicht durch staatliche oder wirtschaftliche Konstrukte einbinden lassen. Nur die praktizierte Distanz kann einen

objektiven Journalismus sichern. Nur so können wir weiter glaubwürdig die Rolle der vierten Gewalt übernehmen. Konstruktive Kritik gehört zum Journalismus, ein dauerndes an-den-Pranger-stellen nicht. Konstruktive Kritik gibt Denkanstöße und vermittelt Lösungsansätze, verhindert gerade die Stärkung extremer politischer Flügel. Wir sind die Öffentlichkeit. Wir tragen die Verantwortung für die öffentliche Meinungsbildung. Eine große Verantwortung, der wir uns in allen Medienbereichen noch bewusster werden müssen.

Mein Dank geht zum Schluss besonders an die Geschäftsstelle mit ihren Kolleginnen und Kollegen, geht stellvertretend für alle an Hubert Engeroff und Benno Pöppelmann. Die Philosophie dieses Vorstandes ist es, gemeinsam und stets eng abgestimmt mit den Landesverbänden den DJV in die Zukunft zu führen. Das verstehen wir unter einem bundesweiten DJV. Unser Dank geht daher besonders an die Landesvorsitzenden und Geschäftsführerinnen und Geschäftsführer aus (alphabetisch) Baden-Württemberg, Bayern, Bremen, Hamburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, NRW, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein und Thüringen.

Dieser DJV ist eine Einheit, eine Einheit, die gezeigt hat, wie gemeinsam Ziele erreicht und Probleme gelöst werden können. Diese Einheit wird auch niemand von außen zerstören.